

Die Vorbereitungen zu den zahlreichen Wahlen im Jahre 1994 laufen bereits an. Die ersten großen Wahlen werden die Europawahlen sein, die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen werden folgen. Im März 1993 finden bereits in Hessen Kommunalwahlen statt. Gelingt es der Linken, politische Bündnisse zu bilden? Mit dieser Fragen wird sich der Bundesparteitag der PDS im Januar 1993 beschäftigen. Die DKP führte am 31. Oktober eine Beratung zur Wahlpolitik durch. Sprecherratsmitglied Priemer sieht keine realistische Chance für Wahlbündnisse. In der UZ, Zeitung der DKP, wird ihm inzwischen widersprochen. Die DKP führt ihren Parteitag Mitte Januar in Mannheim durch. Auch die MLPD schloß eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen nicht aus. Die VSP hat sich mit diesen Fragen nicht befaßt. Der BWK spricht sich für die Bildung von Wahlbündnissen in Form von Offenen Listen der PDS aus.

Im folgende kurze Berichte, wie sich Wahlbündnisse auf Landesebene bilden. Die Zusammenstellung erhebt nicht den

Linke Wahlbündnisse zu Europa- und Bundestagswahlen?!

Anspruch auf Vollständigkeit.
Quellenhinweis: UZ, 6. 11., 20. 11., 4. 12. 92;
Roter Fahne 5. 9. 92; PDS-Pressedienst 4. 12. 92
— (alk, clm, gec, gst/udi, jöd, maf, wof)

Frankfurt/M. — Kommunalwahlen
Die Presse veröffentlichte Spekulationen, wonach die Republikaner mit über zehn Prozent ins Stadtparlament einziehen, die FDP wieder hineinkomme und weder eine SPD-GRÜNE- noch eine CDU-FDP-Koalition eine Mehrheit finden könne. Die Amtszeit von OB von Schoeler läuft noch bis 1997. Vorausgesetzt, die CDU arbeitet nicht mit den Republikanern zusammen, würde sich daher eine große Koalition SPD/CDU/GRÜNE anbieten, wobei das Multikultur-Dezernat Cohn-Bendits der CDU zum Fraß vorgeworfen werde. Ende Oktober wurde die linke Öffentlichkeit in

Frankfurt mit der Kandidatur einer „Ökologischen Linken Liste“ (Personenliste, in nichtöffentlicher Sitzung aufgestellt) überrascht: Auf Platz 1 Jutta Dittfurth, Ökologische Linke, auf Platz 2 Jakob Moneta, PDS, IV. Internationale. Mit dieser Gründung ist zunächst einmal der Versuch gescheitert, ein breites Wahlbündnis zu schaffen. Erwartet wird von Ökologi der Sprung über die 5 %-Hürde. Die PDS sieht in dieser Kommunalwahl eine Testwahl für den Bundestag.

Baden-Württemberg

Die Einladenden — Leute aus BWK, DKP, PDS/Linke Liste und VSP — waren erfreut, daß rund fünfzig Linke aus verschiedenen politischen und geographischen Ecken Baden-Württembergs zur Diskussion über „Linke Opposition in Baden-Württemberg“ am 5. 12. gekommen waren. Nach Referaten und Arbeitsgruppen zu den Themen Wirtschaftspolitik, Antifaschismus, Wohnungspolitik und Großmachtsprüche der BRD war Gelegenheit, inhaltliche und formale Probleme eines denkbaren linken Wahlbündnisses zu diskutieren. Deutlich wurde, daß viele wünschen, daß ein linkes Wahlbündnis ohne Abgrenzung zustande kommt, in dem alle, ob Parteien, Gruppen und Initiativen oder Einzelpersonen, gleichberechtigt und demokratisch mitwirken können. Klar war, daß ein solches Wahlbündnis nur entstehen kann gestützt auf die vielfältigen Bewegungen, die an den verschiedensten Fronten Widerstand gegen kapitalistische Politik leisten. Am Schluß der Versammlung stimmten alle Anwesenden zu, daß es sinnvoll ist, die begonnene Initiative fortzusetzen.

Bayern

In Bayern vertritt die SPD die Meinung, bei den Landtagswahlen 1994 die absolute Mehrheit der CSU brechen zu können. Dabei werden — stillschweigend —

starke Verluste der CSU nach Rechts außen einkalkuliert. 1990 schafften die Republikaner die 5 % knapp nicht.

Bei den linken Organisationen beginnt die Diskussion über die Politik angesichts der Wahlen erst langsam. Die DKP Südbayern betont in der Auswertung von Diskussionen über die Entwürfe der Parteiprogramme, daß zwischen DKP und PDS ein großer Vorrat an Gemeinsamkeit bestünde und daß an eine konkurrierende Kandidatur nicht gedacht sei. Die Landesversammlung der PDS „begrüßt und unterstützt“ den Vorschlag der PDS Thüringen zur Vorbereitung der Europawahlen; sie will auf einer Landesversammlung im März inhaltliche Schwerpunkte v.a. in der Sozial- und Wirtschaftspolitik diskutieren.

Niedersachsen

Über 30 Personen — Mitglieder von Linken Listen aus Braunschweig, Göttingen und Hannover; von BWK, DKP, Öko-Linke, PDS, VVN/BdA, Volksfront sowie Einzelpersonen — beteiligten sich am 31. 10. in Hannover an einer Beratung zum Thema „Landtagswahlen 1994 — Eine linke Kandidatur und ihr Nutzen“. Die Teilnehmer verabschiedeten bei einer Gegenstimme eine Erklärung, in der es u.a. heißt: „Wir ... haben uns darauf verständigt, eine linke Wahlbeteiligung zu den niedersächsischen Landtagswahlen 1994 anzustreben ...“. Diese Bündnisinitiative findet Unterstützung. So sprachen sich die Landes-DK bzw. Bezirks-DK von BWK und DKP für eine Bündniskandidatur aus. Die Landes-MV der PDS folgte einer ablehnenden Haltung aus dem Landesvorstand nicht. Die Öko-Linke beschloß dagegen, sich von dieser Bündniskandidatur fernzuhalten. Die parallel stattfindenden Bestrebungen des DKP-Parteivorstandes, bei den Europa- und Bundestagswahlen 1994 mit einer Eigenkandidatur — bei offenen Listen —

anzutreten, wie auch die derzeitige Initiativlosigkeit des PDS-Parteivorstandes zu den Europa- und Bundestagswahlen werden kritisiert. So wendet sich die DKP-Nds. mit einem Antrag für eine Bündniskandidatur an den Parteitag. Der am 30. 10. benannte Koordinationskreis läßt zur 1. landesweiten Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen am 20. 2. 93 ein.

Schleswig-Holstein

Seit Ende des Sommers treffen sich Mitglieder aus BWK/VSP Schleswig-Holstein, DKP und PDS/LL. Schon jetzt wollen sie mit gemeinsamer Tätigkeit beginnen. Schwerpunkt der landesweiten Aktivitäten ist in nächster Zeit die Gegenwehr gegen alle Maßnahmen, die die BRD nach innen und nach außen kriegsfähig machen sollen, zum Beispiel im Asylrecht, beim „Out of Area-Einsatz“ der Bundeswehr und durch die Maastrichter Beschlüsse. Leider ist die PDS/Linke Liste Schleswig-Holstein in Bezug auf Wahlen augenblicklich überhaupt nicht handlungsfähig. Als sehr schwacher Landesverband konnte sie schon zu den Landtagswahlen nicht kandidieren und hatte auch keinerlei Möglichkeit zu einer Bündniskandidatur gesehen. Eine Diskussion um den Wahlen 1994 sieht sie als „verfrüht“ an.

Nordrhein-Westfalen:

Die PDS-LL will sich erst Anfang nächsten Jahres mit Wahlen befassen. Von den beiden DKP-Bezirken hat der Bezirk Ruhr-Westfalen bei seiner Bezirksdelegiertenversammlung am 21. 11. 1992 einen Beschluß gefaßt. Darin heißt es: „Die DKP greift ... aktiv in alle Wahlkämpfe ein. Wir nutzen die Wahlkämpfe für die Entfaltung außerparlamentarischer Aktionen, für die Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse, für die Stärkung der DKP.“ Zu den Kommunal- und Kreistagswahlen soll jede Kreisorganisation „in eigener Verantwortung“ entscheiden, zu den Landtagswahlen bereitet die DKP „eine eigenständige Kandidatur vor. Gleichzeitig unterbreitet sie ein Angebot für ein Wahlbündnis an potentielle Organisationen und Einzelpersonen.“

PDS-Thüringen will Wahldiskussion

Antrag: Auf ihrer Tagung am 1. 11. 92 in Erfurt beriet die ARGE über die Vorbereitung der Europa-Wahlen. Sie verständigte sich über die Bedeutung der Wahlen zum Europaparlament generell (Durchbruch der GRÜNEN 1979 sowie der Rechten in Frankreich und Deutschland 1984 und 1989 bei solchen „Sympathiewahlen außerhalb dauerhafter Entscheidungen für etablierte Parteien“, aber auch beträchtliche finanzielle Zuwendungen selbst bei Ergebnissen unter 1 %) und speziell 1994 („Beispiele“ für „Erfolgsaussichten im Wahlmarathon sowie erkennbare Strategien, unter der Losung „Europa der Vaterländer“, „D-Mark oder E-Mark“ europaweit den „modernen Nationalismus“ zu mobilisieren).

Gestützt auf einen Bericht über die Erfahrungen der niedersächsischen Linken bei den Kommunalwahlen sowie in Vorbereitung der Landtagswahlen, sprach sich die ARGE für eine unmittelbare, umfassende Vorbereitung der Europa-Wahlen aus. Sie beantragt daher:

Der Landesparteitag der PDS in Thüringen möge beschließen:

1. Einen Antrag an den Bundesparteitag zu stellen, mit dem der Parteibundesvorstand beauftragt wird, sich mit der Einladung zu einem Reader *Unsere Vorstellungen für eine Charta „Leben in Europa“* an linke Gruppierungen, an Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen zu wenden und einen solchen Reader im Frühjahr '93 zum Gegenstand eines Runden Tisches zu machen.
2. Der Landesvorstand der PDS in Thüringen wird beauftragt, im Falle des Scheiterns eines solchen Antrags an den Bundesparteitag oder im Falle ausbleibender Aktivitäten des Bundesvorstandes selbst die entsprechende Initiativen zu ergreifen, wozu auch die Einladung an alle anderen Landesverbände der PDS gehört.

Faschistische Kandidaturen bekämpfen! Diskussion über Europawahlen 1994

Am 1. November fand in Erfurt eine Tagung der Gruppe „Konkrete Demokratie — soziale Befreiung Arbeitsgemeinschaft in der PDS“ (ARGE) statt. Thema war „Das Europa der Rechten — und linker Widerstand“. Die Tagung diente der Vorbereitung von Haltung und Programmatik und eventuellen Bündnissen bei den Europa Wahlen. An der Tagung nahmen Vertreterinnen und Vertreter der PDS Bayern und Thüringen (darunter zwei stellvertretende Landesvorsitzende sowie MdL Klaus Höpke, Linke Liste/PDS Thüringen sowie Leute aus dem BWK teil.

Im folgenden veröffentlichen wir ein Einleitungsreferat von einem Vertreter des BWK, das sich mit den bevorstehenden Europawahlen befaßt. In einem weiteren Einleitungsreferat analysierte der Stellvertretende Landesvorsitzende der PDS-Thüringen, Dieter Strätzel, die Programmatik und Politik der Deutschen Nationalen Partei. Dieser Vortrag ist auf Seite 11 dieser Zeitung dokumentiert. Weitere Informationen im ARGE-Rundbrief.

Ein Ergebnis der Beratung war der obenstehende Antrag der ARGE an den Landesparteitag der PDS-Thüringen. Der Parteitag stimmte dem Antrag zu. Der Landesvorstand wird jetzt einen Antrag an den Bundesparteitag stellen (Punkt 1 des Beschlusses), um einen Dialog zu den Wahlen herbeizuführen.

Wenn wir die Hintergründe und den Werdegang der faschistischen Überfälle, Anschläge und Morde heute überdenken, werden wir feststellen, daß die Europawahlen — über die wir ja sprechen wollen — der vergangenen 10 Jahren eine ganz entscheidende Rolle gespielt haben: — Bei den Europawahlen 1984 erreichten die französischen Faschisten um Le Pen einen großen Erfolg. Sie erhielten 10 % der Stimmen und zogen mit 16 Personen ins Europaparlament ein. Dies war für die Rechten und Faschisten in ganz Europa eine Wende.

Die NPD erzielte 1984 in der BRD 0,8 % der Stimmen. Das war damals ein beachtliches Ergebnis, die NPD erhielt

dadurch 1,5 Millionen DM Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln. Die NPD hatte in ihrem Wahlkampf die Wiederherstellung eines Großdeutschland propagiert.

— Bei den Europawahlen 1989 setzten sich die Republikaner zum ersten Mal bundesweit klar und deutlich durch und erhielten 7,1 % der Stimmen und 16,5 Millionen DM. Das war ein Erdbeben in der damaligen BRD. Die DVU erhielt 1,6 % und 2,2 Millionen DM. Dieses Wahlergebnis war keine Protestwahl, wie viele bürgerliche Kräfte damals behaupteten. Erste Analysen haben damals vielmehr erwiesen, daß die Faschisten in den Großstädten gute Ergebnisse erreichten und unter dem Stichwort „Karriere“ eine soziale Basis hatten.

I. Den Faschisten ist es in den letzten zehn Jahren gelungen, sich strategische Positionen zu erarbeiten, die ihnen gegenüber früheren Jahren möglich machen, auch zu den Europawahlen mit demagogischen Themen zu kandidieren und rechte Kräfte zu sammeln. Mit der Theorie von einem Großdeutschland in Europa oder, wie die Republikaner 1989 sagten, „Erst Deutschland, dann Europa“ haben sie eine Politik entwickelt, die ihnen möglich macht, deutschen Nationalismus zu propagieren mit einem Führungsanspruch, diesen in Europa zu verwirklichen.

Die Faschisten sind bei weitem keine einfachen Schlägertrupps. Gerade über kleine faschistische Gruppen und über die Republikaner hat ein Art „Intellektualisierungsprozeß“ stattgefunden. Die Faschisten haben Kräfte im mittleren und höheren Beamtenapparat und gute Verhältnisse zu bzw. Förderer bei den Konzernen aufbauen können. Die Republikaner haben in Bayern eine intakte Bündnispolitik mit der CSU auf unterer Ebene entwickeln können.

II. Die faschistischen Kräfte in der BRD, aber auch in anderen Staaten haben für die bevorstehenden Europawahlen, die die nächsten bundesweiten Wahlen sein werden, Strategiekonzepte entwickelt,

mit denen sie ihre faschistische Sammlungsbewegung vorantreiben wollen.

Ausländer- und Asylpolitik

Die jahrelange Hetze der Faschisten zu diesem Thema ist aufgegangen. Die bürgerlichen Parteien haben viele Positionen übernommen. Eine Veränderung des Artikels 16 Grundgesetz wird nicht nur eine Veränderung des Asylrechts bewirken, sondern zu einer ganz anderen Gesellschaft führen, in der der letzte Humanismus beseitigt ist. Die faschistische Le-Pen-Partei hat in Frankreich darüberhinaus ein 50-Punkte-Programm entwickelt, das Willkür und Terror gegen Ausländer auf allen Ebenen der Gesellschaft möglich machen soll. Dieses Programm ist Vorbild auch für die deutschen Faschisten. Eine Auseinandersetzung und Bekämpfung dieses Programms wäre eine wichtige Aufgabe im antifaschistischen Widerstand.

„Rettet die DM“

Seit einigen Monaten forcieren alle faschistischen Gruppen eine Kampagne unter dem Motto „Rettet die DM“. Sie versuchen, über Verunsicherung Politik zu machen. Die Kampagne soll auch gleichzeitig dazu dienen, den Führungsanspruch der BRD in Europa zu verdeutlichen. Mit dieser Kampagne konnten die Faschisten bei den letzten Wahlen gute Stimmenergebnisse erzielen. Mit der DM-Kampagne versuchen sie auch, eine populäre Form der „Volksgemeinschaftsideologie“ zu entwickeln, die breite Massen binden soll.

Interessant ist, daß die Bundesregierung an diese faschistische Propaganda direkt anknüpft. In einer ganzseitige Anzeige in der Bild-Zeitung war diese Woche zu lesen: „Kommt statt der D-Mark — jetzt die E-Mark?“ Eine Kritik und Auseinandersetzung mit der Politik des DM-Imperialismus wäre dringend erforderlich, um zu zeigen, wie der BRD-Imperialismus seinen Führungsanspruch verwirklichen will.

Sozialcharta

Die DVU macht in den letzten Monaten verstärkte eine Kampagne gegen den sogenannten „Mafia-Terror“. Die Kampagne richtet sich gegen Ausländer, zielt

aber auch darauf ab, daß die Reichen noch reicher werden und die Armen noch ärmer werden (Nord gegen Süd). Mit dieser Propaganda entwickeln die Faschisten eine populistische Hetzkampagne, die den Interessen der Konzerne dienen soll und die sich gegen die Gewerkschaften richtet.

Gegen eine solche Entwicklung haben die Gewerkschaften versucht, Positionen für eine Sozialcharta zu entwickeln, die sie im Maastrichter Vertrag unterbringen wollten. Diese Politik scheiterte u.a. am Veto der britischen Regierung. Im Maastrichter Vertrag ist somit der Weg freigehalten, um unter Verweis auf Anforderungen der kommenden Währungsunion die Entrechtung der Gewerkschaften, Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis ins hohe Alter, Abbau der Sozialversicherungsschutz durchzusetzen. Hier liegt ein wichtiges Betätigungsfeld für eine antikapitalistische und sozialistische Politik.

WEU

Die Faschisten hetzen immer wieder gegen „raumfremde Mächte“, Supermächte etc. und treten für ein „Europa der Vaterländer“ (Republikaner) auf. Was die Bundesregierung die ganze Zeit im Auge hat, nämlich in den Jugoslawien-Krieg militärisch einzugreifen, organisieren die Faschisten bereits. Deutsche Faschisten sind in Jugoslawien als Söldner tätig und lernen das Töten. Ein solches Vorgehen propagieren sie dann auch auf Veranstaltungen in der BRD. Dies ist übrigens ein Grund dafür, daß die Überfälle der Faschisten immer brutaler werden. Die Faschisten und die bürgerlichen Kräfte werden den Europawahlkampf nutzen, um ein militärisches Eingreifen in osteuropäischen Staaten durchsetzbar zu machen. Der Ausbau der WEU ist in vollem Gange, die Auseinandersetzung um Bundeswehreinsätze im Ausland und eine entsprechende Verfassungsänderung auch. Auch hiergegen müssen wir in den Europawahlen auftreten und können dabei an lange antifaschistische Traditionen des Kampfes gegen die Remilitarisierung der BRD anknüpfen.

III. Schlußbemerkung:

— Wir müssen den Widerstand gegen den Maastrichter Vertrag unterstützen, wie es auch der Genosse Rocktäschel kürzlich in einem Artikel in der UNZ bzw. dem ARGE-Rundbrief forderte.

Formalitäten bei der Europawahl:

Bei der Europawahl gibt es nur eine Stimme und als unterste Einheit des Wahlkreises Landeslisten.

Bei der Aufstellung einer Bundesliste muß man 4000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Wenn man einzelne Landeslisten aufstellt, höchstens 2000 Unterschriften (unterschiedlich nach Einwohner).

Da die PDS im Bundestag ist, muß sie keine Unterschriften sammeln (§9 Wahlordnung).

Im Maastrichter Vertrag ist eine Änderung des Wahlverfahrens vorgesehen, z.B. sollen Parteien in ganz Europa kandidieren können. Sie unterliegen dann aber den besonderen Wahlgesetzen der jeweiligen Länder, z.B. müßten sie in der BRD auch die 5 %-Hürde übertreffen. Das Büro des Bundeswahlleiters kann solche Änderungen bei den bevorstehenden Wahlen nicht ausschließen, hält sie aber für unwahrscheinlich.

Wahltermin: Juni 1994